

Leistungsträger sind die neuen Aussteiger

Veröffentlicht am 06.03.2018 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Inga Michler**
Wirtschaftsreporterin



Lieber mehr Freizeit mit der Familie: Die Gehaltserhöhung wird eh von der Steuer aufgefressen

Das passiert, wenn Politik Leistungsträger vergrault: Die Mitte der Gesellschaft fährt ihr Engagement im Beruf zurück, weil es sich finanziell kaum mehr lohnt. Eine Entwicklung, die Folgen haben dürfte.

Die Krux offenbart sich oft schon in der Sprache. Wenn Politiker reden, machen sie ihre Wähler zu Bedürftigen. „Die Menschen im Land machen sich Sorgen“, „die Menschen fürchten“, „die Menschen brauchen“. Das ist die Haltung von Sozialarbeitern: Den Leuten muss geholfen werden.

Damit aber verkennen die Regierenden die Bedürfnisse der großen Mehrheit im Land. Tausende von Facharbeitern, Handwerkern, Ingenieuren, angestellten Lehrern, leitenden Angestellten wollen sich nicht helfen lassen.

Sie würden liebend gern auf immer neu erdachte staatliche Zuwendungen verzichten, wenn sich denn dafür ihre eigene Leistung wieder lohnt. Sie wollen sich als „Bürger“ fühlen. Und die zeichnen sich vor allem durch ihre Rechte aus. Das wusste schon Aristoteles, in dessen Staat (Polis) die Bürger teilhaben sollten am Richten und an der Herrschaft.

Das Problem ist: Die Politik hat die Mitte der Gesellschaft aus dem Blick verloren. Der Staat hat über die Jahre eine Gefräßigkeit erreicht, die seine Leistungsträger zunehmend verstört. Sie fühlen sich ungerecht behandelt. Forscher können das messen.

Im Sozio-Oekonomischen Panel etwa, einer breiten jährlichen Befragung, zeigt sich, dass vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen als ungerecht empfinden, wie wenig ihnen von ihrem Bruttoeinkommen übrig bleibt.

Lieber mehr Freizeit

Und es bleibt nicht bei einem unguuten Gefühl. Immer mehr Bürger können es sich leisten, aus diesem Gefühl persönliche Konsequenzen zu ziehen. Sie reduzieren ihren „Input“, wie Ökonomen sagen würden. Wer glaubt, dass das gemeinsam Erwirtschaftete nach unfairen Regeln verteilt wird, fährt sein Engagement zurück.

Er strengt sich im eigenen Betrieb weniger an. Er bringt sich eben nicht für eine Beförderung in Stellung, weil er davon zwar mehr Arbeit, aber kaum mehr Geld auf dem Konto hat. Er reduziert die Arbeitszeit oder stockt eben nicht auf Vollzeit auf. Er geht gern ein wenig früher in Rente. Oder er meldet sich, wenn es die Finanzen erlauben, sogar ab ins Ausland.

Dazu kommt, dass sich die Wünsche der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren ohnehin in Richtung Freizeit verschoben haben. Jüngsten Umfragen zufolge sehnen sich 65 Prozent der Männer danach, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Bei den Frauen, die ohnehin schon oft in Teilzeit arbeiten, sind es immerhin noch 45 Prozent.

Kein Wunder, dass bei der Bahn jüngst die große Mehrheit der Mitarbeiter zusätzliche Urlaubstage einer Lohnerhöhung vorzogen. Von der, so dürften sich viele gedacht haben, geht

ein großer Teil ohnehin für Steuern und Sozialabgaben drauf.

Mehr Lust auf Freizeit gepaart mit dem Gefühl latenter Ungerechtigkeit – für die Politik ist das eine brenzliche Mischung. Denn wer weniger arbeitet, zahlt auch weniger Steuern und weniger Abgaben an die notorisch klammen Sozialkassen.

Hinzu kommt, dass der Wirtschaft immer mehr Fachkräfte fehlen. Doch das „Recht auf Vollzeit“, das nun auch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat, doktert nur an den Symptomen. „Lust auf Leistung“ müsste vielmehr das Ziel der neuen Regierung sein.

Dafür freilich stellen Union und SPD die Weichen genau in die falsche Richtung. Der sogenannte Mittelstandsbauch bleibt. Schnelle Sprünge im Steuertarif lenken Lohnerhöhungen schon bei kleineren Einkommen zu großen Teilen an den Staat.

Bereits ab einem Jahresbrutto von 54.000 Euro gilt weiterhin der Spitzensteuersatz von 42 Prozent. In den 60er-Jahren musste man noch das 18-Fache des Durchschnittseinkommens verdienen, um unter den Spitzensteuersatz zu fallen. Heute reicht das 1,3-Fache. Anreiz zur Leistung sieht anders aus.

Selbst wo es zu einer Steuerentlastung kommt, ist die Sache grundlegend falsch gemacht. Der Solidaritätszuschlag wird abgeschafft – allerdings erst ab dem Jahr 2021 und nicht für die „Besserverdiener“. Wer über einer bestimmten Freigrenze liegt oder durch eine Lohnerhöhung oder Überstunden diese Grenze überschreitet, muss von einem zusätzlich verdienten Euro rund 70 Cent an den Fiskus abführen. Leistung lohnt nicht, heißt hier die Botschaft.

Teure Wohltaten

Derweil versprechen die Koalitionäre trotz absehbar leerer Sozialkassen lauter neue Wohltaten für die Zukunft. Die Renten werden auf hohem Niveau gehalten, obwohl der Bund jedes Jahr mehr Geld dazuschießen muss, um Löcher zu stopfen. Geringverdiener werden mit einer neuen Solidarrente bedacht. Die Mütterrente II beschert Frauen, die vor 1992 drei und

mehr Kinder geboren haben, Zusatzeinnahmen. Zudem gibt es 25 Euro mehr Kindergeld für alle.

All das kostet. Auf knapp 90 Milliarden Euro beziffern Forscher des Instituts der deutschen Wirtschaft das Loch, das die Koalitionäre allein bis 2025 in die Kassen von Bund, Ländern und Sozialversicherungen reißen. Bezahlen müssen es die Leistungsträger mit ihren Steuern und Sozialabgaben. Wer sonst?

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Dass es eine soziale Sicherung für die Schwachen geben muss, empfindet die Mehrheit der Leistungsträger als selbstverständlich. Die sind auch gern bereit, Steuern zu zahlen für eine funktionstüchtige Polizei, für gute Schulen und Verkehrswege im Land. Auch die Grundidee der Progression – wer mehr verdient, trägt auch mehr zum Wohl der Allgemeinheit bei – ist weitgehend unumstritten.

Die Mitte aber möchte nicht vom Staat entmündigt werden. Sie braucht die Freiheit, selbst zu wählen, wofür sie ihr erarbeitetes Einkommen ausgibt. Sie braucht mehr Netto vom Brutto. Dafür wäre sie sicher gerne bereit, auf so manche kleinteilige Subvention zu verzichten.

Die Sache mit den Staatshilfen ist ohnehin unübersichtlich. Zuschüsse für eine neue Heizung hier, für die Dämmung der Außenwand oder den Bau eines Treppenlifts fürs Alter dort. Und nun, neu im Programm der Koalition: das Baukindergeld. Die Politik schult Fachkräfte um zu Antragstellern. Die Mehrheit der Bürger wird zu Subventionsempfängern degradiert.

So aber holt die Politik die Mitte nicht zurück ins Boot. Weniger Staat anstatt immer mehr Staat muss die Antwort auf deren wachsende Verzagtheit heißen. Entlastungen bei der Steuer sind gefragt, weniger steile Stufen in der Progression, damit sich Leistung lohnt. Es gilt, die Mehrheit zu gewinnen, anstatt immer neue Minderheiten mit Wahlgeschenken zu bedenken. Die Leistungsträger wollen sich als mündige Bürger fühlen – und nicht als Hilfsbedürftige.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  1554

NEIN  35

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/174270013>